



Sachstandsmitteilung Nr.:	015/2025	Datum:	12.03.2025
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss		Sitzungstag
1		Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2		Bildungsausschuss	
3	X	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	17.03.2025
4		Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5		Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6		Hauptausschuss	
7		Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen	gez. Brade	
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Aufstellen von Geschwindigkeitswarnanlagen in Verbindung mit Werbung

2. Sachstand:

Es gab die Anfrage eines Unternehmers in Schwentidental, ob es zulässig und machbar wäre, wenn er eine Geschwindigkeitswarnanlage aufhängt, die seine Werbung trägt.

Derzeitig befinden sich in Schwentidental drei Geschwindigkeitswarnanlagen. Diese sind durch die Stadt aufgestellt und ohne Werbung.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr beriet in nichtöffentlicher Sitzung, aufgrund der namentlichen Anfrage des Unternehmers, den konkreten Einzelfall und gab die Prüfung in die Verwaltung.

Eine interne Prüfung ergab, dass sofern die rechtlichen Bedingungen eingehalten sind, Anlagen mit Werbung zunächst grundsätzlich genehmigungsfähig sind.

Eine Abfrage bei dem Kreis Plön ergab, dass sich die Beurteilung rein aus dem Straßenrecht ergibt. Dies untermauerte der Kreis mit einem Schreiben des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, vom 07.11.2001. (Anlage 1)

Am 21.02. hatte Herr Brade telefonischen Kontakt zum Landesamt für Straßenbau und Verkehr. Dieses prüft derzeit, ob die kommunalen Spitzenverbände eine Entscheidung getroffen haben und wie diese aussieht.

Bis zur abschließenden Stellungnahme des Landesamtes, bzw. der kommunalen Spitzenverbände, wird empfohlen keine Geschwindigkeitswarnanlagen mit Werbung zuzulassen.

- Ende der Sachstandsmitteilung -

Landesamt für Straßenbau und Verkehr
Schleswig - Holstein Postfach 5007 24062 Kiel

Landräte und (Ober-) Bürgermeister
der Kreise und kreisfreien Städte
- Straßenverkehrsbehörden -

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
der Städte über 20.000 Einwohner
- Straßenverkehrsbehörden -

Bürgermeister der Gemeinde
Henstedt - Ulzburg
- Straßenverkehrsbehörde -

nachrichtlich:

Ministerium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Landkreistag Schl. - Holst.
Reventlouallee 6
24105 Kiel

Städteverband Schl.-Holst.
Reventlouallee 6
24105 Kiel

Ihr Zeichen / vom

Mein Zeichen / vom

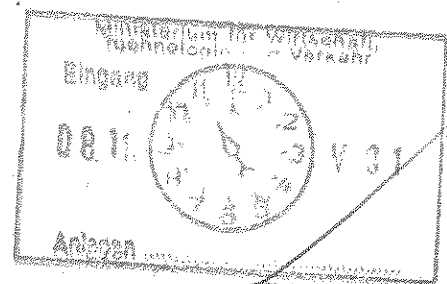
LS 132 - 621.153.8-
22/422

Telefon (0431)

383-2718
Herr Richter

Datum

Kiel, 7. Nov. 2001



423

42 2k

9.11.

Aufstellung von Geschwindigkeitswarnanlagen auch in Verbindung mit Werbung

Meine Rundverfügung vom 25. März 1996 und 29. Juni 2001

Das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr hat die Problematik der Aufstellung der Geräte mit oder ohne Werbung dem Bund / Länder Fachausschuß StVO vorgetragen. Dort bestand Einvernehmen darüber, daß es sich bei solchen Anlagen nicht um Ver-

**Landesamt
für Straßenbau und Verkehr
Schleswig-Holstein**

kehrseinrichtungen im Sinne von § 43 StVO handelt. Damit besteht für solche Anlagen auch kein generelles Werbeverbot nach § 33 Abs. 2 Satz 2 StVO. Folglich ist für die Aufstellung solcher Anlage auch **keine** Ausnahmegenehmigung von dem Verbot des § 33 Abs. 2 Satz erforderlich.

Die Zulassung solcher Anlagen ist ausschließlich nach dem Straßenrecht zu beurteilen, das unter bestimmten Voraussetzungen die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen vorsieht. Bei der Erteilung dieser Erlaubnisse handelt es sich um Ermessensentscheidungen, die bei Gemeindestraßen sowie innerhalb der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (innerhalb der OD) von den jeweiligen Gemeinden zu treffen sind.

Auch bei der Erteilung dieser Erlaubnisse ist jedoch der Grundgedanke des § 33 StVO auch weiterhin zu beachten. Diese Anlagen dürfen keine negativen Auswirkungen auch die Verkehrssicherheit haben, sie dürfen die amtlichen Verkehrszeichen in ihrer Wirkung nicht beeinträchtigen und durch ihren Aufstellungsort Fußgänger und Radfahrer nicht gefährden.

Diese Grunderfordernisse sind jedoch bei Warnanlagen mit Werbung, die in der Regel sehr großflächig sind, schwer zu erfüllen. Die Bewertung dieser Fragen liegt nicht im Bereich des BLFA – StVO sondern im Bereich des für Straßenrecht zuständigen Ausschuß und wird dort weiter beraten. Ferner sind die kommunalen Spitzenverbände um Stellungnahmen gebeten worden. Bis zum Abschluß dieser Beratungen bitte ich daher Geschwindigkeitswarnanlagen mit Werbung nicht aufzustellen.

Meine Rundverfügungen vom 25. 3. 96 und 29. 6. 01, mit denen ich die Aufstellung der Geräte von einer straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigung abhängig gemacht hatte, hebe ich auf.



Peter Richter